

Keller

Kommentar

Es gab eine Zeit, da wurde von der deutschen Regierung der Wohnungsbaupolitik noch höchste Priorität eingeräumt. Da waren noch echte Bauminister am Werk, die nicht nur den Sachverhalt kannten, sondern auch die Nöte ihrer Wähler verstanden. Zudem gab es noch Kanzler, die reale Innenpolitik betrieben. Sicher – das war die Zeit des allgemeinen Aufbaus der Kriegsgeneration – baupolitische Maßnahmen zählte man in Deutschland noch zur Konjunkturförderung. Und es gab sogar eine zielgerichtete Wohnungsbaupolitik, die leider im Laufe der Zeit verkümmerte.

Im Gegensatz dazu verweist man heute immer wieder auf das Europäische Parlament bzw. die Europäische Kommission in Brüssel. Deren teilweise einsame Entschlüsse – es müssen immer Kompromisse mit 17 Nationen gefunden werden – nehmen allzuoft auf national gewachsene Besonderheiten wenig Rücksicht. Ein Beispiel dafür sind die immer höheren Forderungen aus Brüssel bezüglich der Energieeinsparung, der Nutzung alternativer Energien zur Raumheizung oder die kostentreibende Forderung der Überprüfung von Trinkwasserleitungen. Sie alle nehmen wenig Rücksicht auf beispielsweise den in Deutschland sehr hohen Wohnstandard. Übrigens ein sehr wichtiges Argument für ausländische Anleger, die verstärkt in den Wohnungsbau einsteigen und den Baubestand in höchsten Tönen loben.

Man muss kein Prophet sein, um darauf hinzuweisen, dass wir in den kommenden Jahren einen täglich steigenden Wohnraumbedarf für junge Familien, junge Erwachsene und für die Generation 50+ haben werden. Bereits heute verzeichnen die Ballungsräume einen steigenden Trend beim Zuzug aus dem ländlichen Umland. Dieser stetige Zuzug, der Trend zum Singlehaushalt und die sogenannte „Alterpyramide“ sorgen wesentlich mit dafür, dass bereits jetzt bezahlbarer Wohnraum knapp wird. Zudem finden in den Universitätsstädten Studenten kaum noch Wohnraum. Das führt bereits heute dazu, das z. B. in Hamburg Ende Oktober Leute aus Protest auf die Straße gehen und eine Deckelung der Mieten fordern.

Dieser unserer derzeitige Bundesbauminister hält sich zu diesen Fragen vornehm zurück. Stattdessen fordert er Mautgebühr für Autobahnen, verniedlicht die Probleme der Bundesbahn oder regt eine Diskussion zur Helmpflicht von Radfahrern an. Geradezu sprachlos ist er, wenn es um die Wohnungsbaupolitik der kommenden Jahre geht. Liegt es daran, das er nicht will, nicht kann oder aufgrund der deutschen „Retterfunktion“ des Euro sich im Kabinett nicht durchsetzen kann? Da in zwei Jahren Bundestagswahlen anstehen, gibt es noch einen kleinen Hoffnungsschimmer, dass diese Regierung einmal die Realität wahrnimmt und der Wohnungsbaupolitik mehr Aufmerksamkeit schenkt. Denn auf Dauer ist dem deutschen Wahlvolk nicht erklärbar, wie der Deutsche Bundestag mit nur einer Debatte Milliarden Euro für marode Länder genehmigt, gleichzeitig sich um bezahlbaren Wohnraum heutiger und künftiger Wähler nicht kümmert. Oder wollen unsere Volksvertreter nur noch über Milliarden und Billionen Euro entscheiden und nicht mehr um einige Millionen für den Wohnungsbau?

Hans Jürgen Krolkiewicz